

12. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung behinderter Menschen am 6. Mai 2004

Lebensräume – Lebensträume – Lebenswirklichkeit!

Anlässlich des "Europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen" veranstaltete der ARBEITSKREIS BREMER PROTEST gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen am 6. Mai 2004 den 12. Bremer Protesttag. Der Arbeitskreis Bremer Protest ist ein Bündnis von behinderten und nichtbehinderten Menschen. Die Organisation des 10. Bremer Protesttages übernahmen die Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Bremen (LAGH).

Während in den vergangenen Jahren sich immer eine Vorbereitungsgruppe weitgehend um die inhaltliche Ausrichtung des Protesttages kümmerte, beschloss der Arbeitskreis Bremer Protest in diesem Jahr eine neue Marschrichtung einzuschlagen. So herrschte Einigkeit darüber, möglichst viele Menschen, Gruppen, Initiativen, Einrichtungen der Behindertenselbsthilfe und Behindertenhilfe zu bitten, sich an den inhaltlichen Vorbereitungen zu beteiligen, um so den Protesttag 2004 zu einer Veranstaltung zu machen, die die Anliegen von Menschen mit Behinderung, die Interessen der Basis, tatsächlich und aktuell berücksichtigt.

Diese veränderte Herangehensweise an den Protesttag und der damit verbundene Aufruf zur Teilnahme an oben genannte Gruppen stieß erfreulicherweise sehr schnell auf fruchtbaren Boden. So meldeten sich interessierte Veranstalter von Workshops und machten Angebote zu folgenden Themenbereichen: Psychiatrie, Sehbehinderung, Sozialhilfe, Sexualität und Wohnen. Auch die Kreativabteilung

von Friedehorst war wieder mit von der Partie. Ihr Angebot trug 2004 den Titel: Videocamp und Demohüte.

Das Motto des diesjährigen Protesttages – unter dem es die Themenvielfalt zu vereinigen galt – lautete: „**Für eine Gesellschaft ohne Barrieren! Lebensräume – Lebensträume – Lebenswirklichkeit.**“ Dabei sollten in diesem Jahr u.a. die verschiedensten Lebensbereiche behinderter Menschen im Land Bremen aktuell untersucht und hinterfragt werden. Ein weiteres erklärtes Ziel des Protesttages: Die Suche nach Möglichkeiten für mehr Selbstbestimmung, ein höheres Maß an Barrierefreiheit und Wege zur Beseitigung von Diskriminierungen. Dabei sollten die Lebensbereiche von Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen berücksichtigt werden, also ebenso Menschen mit körperlicher wie psychischer Beeinträchtigung.

Am 6. Mai war es dann soweit. Nach Abschluss aller Vorbereitungsarbeiten trafen sich die Teilnehmer des Protesttages in der Friedensgemeinde in der Humboldtstraße und wurden vom Hausherrn, Pastor Bernd Klingbeil-Jahr, herzlich begrüßt. Nicht minder herzlich die Begrüßung der Moderatorin des Tages, Cassandra Ruhm, die dem Pastor für die kontinuierliche und gute Zusammenarbeit der letzten Jahre herzlich im Namen des AK Protest dankte. Sie überreichte ihm zudem einen Strauß Blumen anlässlich seines Geburtstages am 6. Mai. Im weiteren Verlauf stimmte Frau Ruhm die Anwesenden auf die Tagesveranstaltung ein und erläuterte die geplanten Abläufe. Es folgten die kurzen Vorstellungen

der jeweiligen Mitmachgruppen. Auch uninformierte und nichtbehinderte Teilnehmer konnten sich so ein gutes Bild vom Tag bzw. den Workshops machen, war der Protesttag in diesem Jahr doch auch eine Veranstaltung, die sich für alle Interessierte öffnen wollte, ob behindert oder nicht behindert.

Um 10.30 Uhr strömten dann alle in die verschiedenen Veranstaltungsgruppen. Nie zuvor fanden soviel Menschen den Weg zum Bremer Protesttag in die Friedensgemeinde, so die einhellige Einschätzung aller Beteiligten. Das neue Konzept schien Früchte zu tragen. Die Zahl der Teilnehmer war sogar so groß, dass die für Brötchen und Kaffee zuständigen Leute vom Café Klatsch Nachschub beschaffen mussten und ihnen dann auch noch gegen Mittag die Brötchen endgültig ausgingen.

Die Mittagspause wurde genutzt, um sich auszutauschen über die Inhalte und Ergebnisse der einzelnen Workshops. Im Foyer der Friedensgemeinde wurde es zuweilen sehr eng und es fand sich Gelegenheit, die Videoaufnahmen von Friedehorst zu betrachten. Friedehorst bot am Protesttag ein Videocamp an, wo Menschen mit Behinderung ihre Wünsche, Forderungen oder Proteste auf Video aufnehmen konnten, um sie dann dem Publikum vorspielen zu können. Ein weiteres Angebot dieser Gruppe: Demohüte. Papierhüte wurden für die bevorstehende Demonstration mit individuell gestalteten behindertenpolitischen Slogans versehen. Während der Mittagspause gab es zudem eine Pressekonferenz unter der Leitung von Dieter Stegmann (LAGH Bremen). Hier waren Repräsentanten der einzelnen Workshops vertreten, die den Pressevertretern Rede und Antwort standen.

Später wurde über den 12. Bremer Protesttag im Weser Kurier, in der TAZ und bei Radio Bremen (Hörfunk, Fernsehen, Internet) berichtet.

Nach der Mittagspause ging es dann in die zweite Arbeitsrunde des Tages. Um 13.30 Uhr begrüßte wieder Kasandra Ruhm im Großen Saal alle Teilnehmer zur gemeinsamen Auswertungsrunde. Zu diesem Veranstaltungsteil war auch die Bremer Sozialsenatorin, Karin Röpke (SPD), erschienen, die sich ebenso interessiert wie das Plenum, bis zum Ende die Ergebnisse, Forderungen und Wünsche der Behinderten anhörte.

Die Werkstattbeschäftigten brachten eine Resolution mit folgendem Wortlaut auf den Weg: „Der Bremer Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat und in Verhandlungen mit der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Mindestlohngesetz auch für Beschäftigte in den Werkstätten für behinderte Menschen Anwendung findet.“

Für die Einhaltung von Servicestandards der Bremer Straßenbahn AG sprachen sich die Blinden und Sehbehinderten aus, denen besonders bei bereits fremdvergebenen Linien die akustische Haltestellenansage fehlt. Wichtige weitere Forderung der Blinden: Mehr Verlässlichkeit beim Landespflegegeld. Immerhin wurde innerhalb von drei Jahren zweimal von Seiten der Politik versucht, das Landespflegegeld in Bremen abzuschaffen.

Die Vertreter des Irrtu(r)ms setzten sich in der Auswertungsrunde für geeignete Arbeitsmöglichkeiten ein, die den Fähigkeiten und Neigungen psychiatrieeerfahrenen Menschen gerecht und entsprechend bezahlt werden. Weitere Forderungen dieser Fraktion: Mehr Selbstbestimmung in der Psychiatrie, mehr Flexibilität statt Schulmedi-

zin und mehr Gerechtigkeit statt Einschränkung Psychiatriebetroffener in der Gesellschaft.

Ganz oben auf der Forderungsliste der Projektgruppe Integratives Wohnen: Eigenes Geld selbst- und nicht fremdbestimmt einteilen können für Dinge des alltäglichen Bedarfs wie Miete, Lebensunterhalt und andere persönliche Wünsche. Weitere Forderungen von Heimbewohnern: Arbeitszeiten mitbestimmen können, Unterstützung bei Auszug aus dem Heim, keine Einschränkungen bei Übernachtungen außerhalb des Heims und die Förderung von Selbständigkeit.

Von den Teilnehmern des Gesprächskreises Behinderung & Sexualität wurde gefordert, Kontaktmöglichkeiten für Behinderte zu verbessern, indem Barrieren in Diskotheken, Gaststätten, Kneipen und anderen Orten der Begegnung konsequent abgebaut werden. Auch herrschte Einigkeit darüber, dass der Gesprächskreis der LAGH Bremen fortgesetzt werden muss, um Menschen mit Behinderung ein geschütztes Forum für das Thema Behinderung und Sexualität zu bieten.

Im Anschluss an die Auswertungsrunde riefen um 14 Uhr die Kirchenglocken der Friedensgemeinde zum Sammeln für den Protestmarsch. Mehrere hundert Menschen sammelten sich vor der Kirche und zogen durch das Steintor- und Ostertorviertel Richtung Marktplatz. An der Spitze des Demozuges auch in diesem Jahr Matthias Weinert (LAGH Bremen), der mit Megafon die umstehende Bevölkerung über die aktuellen Forderungen der Behindertenbewegung informierte. Der Demozug und auch die anschließende Kundgebung waren dieses Jahr leider begleitet von einem unangenehmen Dauerregen. So ist sicher auch die deutlich geringere Zahl von Teilneh-

mern an der Kundgebung zu erklären, die dieses Jahr nicht ganz so gut besucht war wie in den Jahre zuvor.

Am 3. Dezember - dem Welttag der Behinderten - wird der diesjährige Protesttag mit dem Behindertenparlament fortgesetzt. Eine Sitzung im Anschluss an die Kundgebung war am 6. Mai nicht möglich, da die Bürgerschaft bereits tagte. Aus der Not hat der Arbeitskreis eine Tugend gemacht und das Behindertenparlament auf den Dezember verschoben, wodurch die Veranstalter hoffen, erneut und länger als sonst im Rahmen von Protesttagen Aufmerksamkeit für die Belange von Menschen mit Behinderung im Lande Bremen in der Öffentlichkeit und bei Politikern zu erzielen.

Hans-Peter Keck
Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte Bremen e.V.